

Antrag

**der Abgeordneten Michael Westenberger, André Trepoll, Birgit Stöver,
Carsten Ovens, David Erkalp (CDU) und Fraktion**

Betr.: European Medicines Agency (EMA) nach Hamburg holen – Konsequenzen aus dem Brexit ziehen und Standort Hamburg stärken

Die EMA ist als Agentur der Europäischen Union mit Sitz in London für die Koordination der Bewertung und Überwachung aller Human- und Veterinärarzneimittel zuständig. Sie bündelt die wissenschaftlichen Ressourcen aus den nationalen Arzneimittelbehörden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und spielt bei der Arzneimittelzulassung dieser Staatengemeinschaften eine zentrale Rolle. Die Europäische Kommission trifft ihre diesbezüglichen Entscheidungen auf Wissensbasis der EMA. Mittels Ausschüssen und Datenbanken werden Arzneimittel in Herstellung, Handel, Produktinformation, Anwendung und Wirkung beurteilt und überwacht. International führt die EMA enge Kooperationen, um Standardisierungen der Arzneimittelzulassungsbedingungen herbeizuführen. Direktorium, Verwaltungsrat und 785 Mitarbeiter verwalten ein Budget von 300 Millionen Euro, das sich hauptsächlich aus Zulassungsgebühren der beantragenden Pharmaunternehmen und Förderprogrammen der EU speist. Grundsätze und Richtlinien vermeiden Interessenskonflikte aller Mitarbeiter und Gutachter. In Konsequenz des Brexit-Referendums und der bisherigen Handlungsschritte des Vereinigten Königreichs wird eine Verlagerung der EMA in einen auch zukünftigen Mitgliedsstaat der Europäischen Union unausweichlich. Diese Verlagerung sollte an einen Ort erfolgen, der entsprechende Voraussetzungen erfüllt und der von einer nachhaltigen Ansiedlung der Arbeitsplätze in besonderem Maße profitiert. Hamburg sollte den Anspruch erheben, diese Voraussetzungen erfüllen zu können: Die Exzellenz des UKE und anderer Kliniken und wissenschaftlichen Institute, die Schwerpunktbildung von Unternehmen der Medizintechnik und pharmazeutischer Unternehmen sowie die Clusterbildung gesundheitswirtschaftlicher und gesundheitspolitischer Innovationen für die Metropolregion, Deutschland und die EU kann, neben der maritimen Wirtschaft, zu einer international bedeutenden Säule für die Hamburger Wirtschaft erwachsen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich federführend und in Abstimmung mit den zuständigen Stellen in der Europäischen Union, im Bund, hier insbesondere dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sowie in den Bundesländern für eine Verlagerung der EMA in die Freie und Hansestadt Hamburg einzusetzen,
2. in Hamburg bei den Stakeholdern aller entsprechender Institutionen eine verstärkte Sensibilisierung herbeizuführen unter Hinzunahme der Expertise der Vertreter des Clusters Medizinwirtschaft,
3. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2017 über die Umsetzung zu berichten.